

EU nimmt Hisbollah nicht auf ihre Terrorliste

Europa ist sich einig: Die Schiitenmiliz hat den Krieg begonnen - Doch Konsequenzen will der Europäische Rat bislang nicht ziehen.

Von Bruno Schirra



Berlin - Bilder erzählen mitunter mehr als tausend Worte und manchmal werfen sie noch mehr Fragen auf. So wie dieses Bild aus dem Jahr 2000: Kofi Annan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, freundlich, ja fast gütig lächelnd, wie er seinem Gesprächspartner im geistlichen Gewand die Hände schüttelt. Ein Bild voller Harmonie, ein Bild aber auch, das den Generalsekretär der Vereinten Nationen im trauten Zusammensein mit dem Führer einer Terrororganisation zeigt, die durchgängig seit 24 Jahren weltweit islamistischen Terror als Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik betreibt. Kofi Annan und

Hassan Nasrallah, der Führer der islamistischen Hisbollah des Libanon, die durch die Entführung zweier israelischer Soldaten und den zeitgleichen Raketenbeschuss israelischen Territoriums den derzeitigen Nahostkrieg verursacht hat.

Die Hisbollah hat seit ihrer Gründung 1982 weltweit mehr als 1000 Zivilisten, UN-Friedenssoldaten durch Selbstmord- und Bombenattentate ermordet, unzählige Menschen schwer verletzt - und wird dennoch als Partner im politischen Gespräch von der Uno, aber auch der EU akzeptiert.

Das Bild aus dem Jahre 2000 reflektiert ein Grundproblem westlicher Politik in der Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terror der Hisbollah. Allen Erklärungen, Definitionen, Entschließungen und Resolutionen der Uno wie der Europäischen Union zum Trotz, fehlt ausrechnet die schiitische Hisbollah auf der Terrorliste der EU - auch wenn sie alle EU-Kriterien erfüllt, mit denen der Europäische Rat Terror definiert. Gestützt auf die Resolution 1373 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 28. September 2001. listet die EU im "Gemeinsamen Standpunkt des Rates vom 27. Dezember 2001 über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus", die Kriterien auf, die eine Terrororganisation kennzeichnet. Die schiitische Hisbollah erfüllt davon alle, was Europa seit Jahr und Tag nicht daran hindert, die Hisbollah als politischen Partner zur Lösung des Nahostkonflikts zu behandeln. Europäische Politiker berufen sich darauf, dass die Hisbollah in einen militärischen und politischen Arm zu unterteilen sei. Allein - auch der militärische Arm der Hisbollah fehlt auf Europas Terrorliste. Auch das Argument, dass die Hisbollah in die "politische Architektur des Libanon mit sozialen, politischen Netzwerken eingebunden ist, zudem Minister in der libanesischen Regierung stellt", ist nicht so recht nachvollziehbar. Denn auch die palästinensische Terrororganisation Hamas unterhält soziale und politische Netzwerke, stellt zudem nach einer rundum demokratischen Wahl die palästinensische Regierung - und steht dennoch auf Platz 17.

Der Leipziger Völkerrechtler Professor Dr. Markus Kotzur sieht hierin die "Grenzen des Völkerrechts". Unter "rein völkerrechtlichen Kriterien" entfalte die Hisbollah "ohne jeden Zweifel terroristische Aktivitäten". Die Hisbollah falle rechtstheoretisch zu 100 Prozent unter die Terrordefinition. Schon aufgrund der UN-Resolution 1559 von 2004, welche die Entwaffnung der Hisbollah völkerrechtlich verbindlich verlangt, hätte die Weltgemeinschaft "im Blick auf die Hisbollah genauso aktiv werden können, wie gegen Afghanistan". Die

Begründung, warum die EU die Hisbollah bis heute nicht auf der Terrorliste aufführt, sieht Kotzur ausschließlich in "politischen, diplomatischen und taktischen Gründen".

Terror war und ist das Geschäft der Hisbollah. In den Achtzigerjahren bombte die Hisbollah schon einmal internationale Friedenstruppen aus dem Libanon. Nachdem die Hisbollah die amerikanische Botschaft in Beirut in die Luft gejagt hatte, starben bei einem gleichzeitigen Selbstmordattentat auf die amerikanischen und französischen Friedenstruppen im Libanon mehr als 300 Soldaten. Einer mehr als zehn Jahre dauernden Serie von Geiselnahmen fielen Dutzende westlicher Bürger aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien und den USA zum Opfer. Der Mann, der die Terrorattacken der Hisbollah seit ihrer Gründung wesentlich geplant und organisiert hat, steht, ausgewiesen durch einen libanesischen Pass mit der Nummer 432298, schon seit Jahr und Tag auf Platz 29 der Terrorliste der EU: Imad Mughniyah, Leiter der operativen Auslandseinheit der Hisbollah, ihr militärisches Mastermind.

Der Führer der Hisbollah, Hassan Nasrallah, lässt derzeit keine Gelegenheit aus, europäischen Staaten mit Terror zu drohen, europäische Politik durch Terror zu erpressen. "Wir werden jede Hand blutig abhacken, die die Hisbollah entwaffnen will", droht der Terrorchef angesichts der Überlegungen europäischer Staaten die UN-Resolution 1559 nun endlich umzusetzen. Für diesen Fall weiß Hassan Nasrallah nur eine Antwort, eine terroristische: "Wenn das geschieht, werden wir dem Beispiel unserer Märtyrer in Kerbela nacheifern", droht er in Richtung Europa. Deutsche Verfassungsschützer wissen die blumig-blutige Sprache von Nasrallah zu übersetzen. "Nasrallah droht mit diesen Worten Europa nichts anders an, als Europa mit Selbstmord- und Bombenattentaten zu überziehen. Getreu dem Vorbild der schiitische Märtyrer, die sich vor 1300 Jahren in Kerbela im Kampf selbst geopfert haben", erklärt ein deutscher Verfassungsschützer. "Und europäische Politik lässt sich dadurch erpressen."

Ausgerechnet Frankreich, das in den Achtzigerjahren durch eine Terrorserie der Hisbollah erschüttert wurde, verhindert neben Spanien und Schweden, dass die Hisbollah auf die Terrorliste der EU gesetzt wird. Auch wenn zwischen 1985 und 1986 allein in Paris 13 französische Bürger bei einer mörderischen Bombenattentatsserie der Hisbollah zum Opfer fielen. Um die Hisbollah auf die Terrorliste der EU zu setzen, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses des EU-Rates. Der ist im Moment in Brüssel nicht durchsetzbar.

Das Europäische Parlament hat dies in einer, wenn auch nicht bindenden, Entschließung vom 10. März 2005 schon einmal gefordert. Mit 473 Jastimmen bei acht Gegenstimmen und 33 Enthaltungen. Die Begründung der Parlamentarier: "Nachgewiesene terroristische Aktivitäten der Hisbollah".

Artikel erschienen am Do, 10. August 2006

© WELT.de 1995 - 2006